

Sozial +ökologisch

Bilanz der Linksfraktion im
Stadtrat Halle (Saale) von
2019 bis 2023

Die Linke

Fraktion im
Stadtrat Halle



Vorwort

Die aktuelle Wahlperiode des Stadtrates läuft nun seit vier Jahren, viele Initiativen, Auseinandersetzungen, Erfolge und Misserfolge sind seitdem zu verbuchen. Einiges hat sich in Halle verbessert oder ist auf einem guten Weg. Manche Probleme haben sich auch vertieft. Das wird offensichtlich, wenn wir etwa an die soziale Krise denken.

Die Zeiten sind jetzt andere als 2019. Corona-Krise und Ukraine-Krieg sind nur zwei Schlagworte für das, was sich geändert hat. Wenn wir auf die letzten vier Jahre zurückblicken und als Fraktion eine kurze Bilanz ziehen, dann soll das auch auf Kontinuitäten und Brüche hinweisen und Aufgaben für die Zukunft definieren.



Denn das Ziel einer ökologischen und sozialen Stadt Halle, das hat sich nicht geändert. Sozialer Ausgleich und Bürgerbeteiligung, umweltschonende Wirtschaftspolitik und Stadtgestaltung, Solidarität und Weltoffenheit bleiben tägliche Aufgaben einer Stadtpolitik, die etwas verbessern will.

Mobilität & Stadtgestaltung

Unsere Mobilität ändert sich. Die Menschen haben andere Bedarfe, die Verkehrswende ist eine ökologische Notwendigkeit und die Stadt entwickelt sich weiter. Wir haben versucht diesen Prozess hin zu einer gerechten Aufteilung des Verkehrsraums, zur Belebung und aktiven Gestaltung unserer Innenstadt und zur Klimaneutralität aktiv mitzugestalten.



V.i.S.d.P:

Lukas Wanke, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale)

Fraktion Die Linke im Stadtrat, dielinke-fraktion@halle.de

Unsere Initiativen umfassten zum Beispiel ein Pilotprojekt für Autonomes Fahren, die Förderung von Car-Sharing und die Anschaffung zusätzlicher Fahrradabstellanlagen. Damit fördern wir alternative Formen der Mobilität. Davon kann auch der Lieferverkehr profitieren, wie wir in unserem

»Die Menschen müssen ihre Stadt selbst gestalten können.«

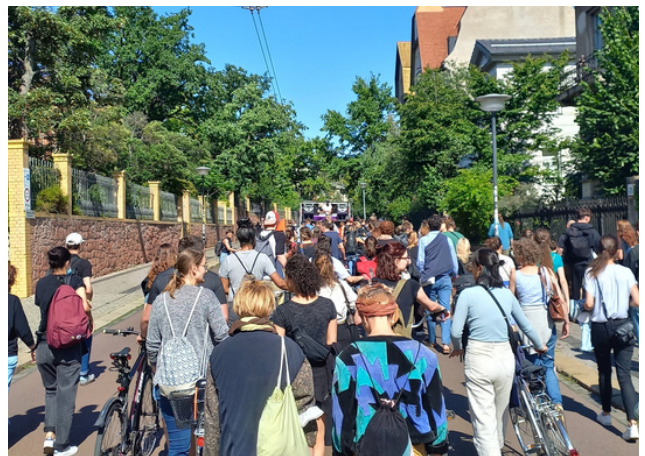
Marion Krischok
Sprecherin für
Bürger*innenbeteiligung

Vorschlag zur *letzten Meile* deutlich gemacht haben – hier geht es darum, dass große Lieferwagen die Pakete nicht mehr bis zur Haustür liefern müssen, sondern die letzte Meile von Kleinfahrzeugen oder Lastenrädern übernommen wird. Aber es geht natürlich auch um die Nutzung des vorhandenen Raumes. Deshalb haben wir 2021 den ersten autofreien Tag in Halle durchgesetzt. Dieser war vor allem symbolisch, aber ermöglichte zumindest die Nutzung einiger Straßen durch Initiativen, Vereine und Anwohner*innen. In dieser Wahlperiode hat uns dazu die Auseinandersetzung rund um die autoarme Altstadt begleitet. So haben wir die Beschlusslage durchgesetzt, dass der Autoverkehr in der Altstadt deutlich reduziert werden soll.

Damit kann der Platz, der vorher nur für Autos reserviert war, von allen genutzt werden – für Veranstaltungen, Gastronomie oder Kultur. Mobilität und Stadtgestaltung hängen deshalb eng zusammen. Wir wollen eine Stadt gestalten, die öffentliche Flächen und Treffpunkte für alle bietet – als Garant für Lebensqualität.

Klima & Umwelt

Die Klimakatastrophe ist real. Das merken wir vielleicht nicht jeden Tag bei uns selbst, aber immer wieder: Heiße Sommer sorgen für Temperaturen, die einen Gang über den Markt für vulnerable Personengruppen zum Risiko machen. Plötzlich auftretende starke Regenfälle überfordern das Abflusssystem und Unwetter führen zu schweren Schäden. Die klimatischen



Veränderungen machen solche Ereignisse wahrscheinlicher und damit häufiger. Es ist deshalb unsere Pflicht, Halle schnellstmöglich klimaneutral zu gestalten. Diese Ambition haben wir gemeinsam mit anderen im *Energie- und Klimapolitischen Leitbild* der Stadt durchgesetzt und in Beschlüssen verankert.

Das klimapolitische Leitbild sieht konkrete Schritte auf dem Weg hin zu einer Zukunft vor, die diesen Herausforderungen gerecht wird – und für die wir unseren solidarischen Anteil leisten. Dazu gehört auch ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen des Planeten, weshalb wir für die Einführung einer Verpackungssteuer zur Reduzierung des Mülls streiten und z.B. die Verwendung von Recyclingpapier in Schulen unterstützt haben.

Daneben geht es natürlich um die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Das stellt keinen Ersatz für Klimaschutz dar, ist zum Schutz der Gesundheit und zum Erhalt der Lebensqualität aber dringend notwendig.

»Bei jeder politischen Frage muss der Klimaschutz berücksichtigt werden.«

Anja Krimmling-Schoeffler
Sprecherin für Umweltpolitik

Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt, dass das Grundwasser geschützt wird, Halle zur Schwammstadt wird, die Regenwasser aufnimmt und speichert, das Flächen nicht versiegelt werden und es Grünflächen und Trinkbrunnen in der ganzen Stadt gibt.

Freiräume

In Halle gibt es eine Kulturszene auf die wir stolz sein können. Im Stadtrat haben wir uns stets dafür eingesetzt, dass auch die freie Szene



»Halles Kultur ist vielfältig – und muss in der Breite gefördert werden.«

Elisabeth Nagel
Mitglied im
Kulturausschuss

entsprechend gefördert wird. Neben der finanziellen Förderung braucht es dazu die Möglichkeit, Räume zu finden und die notwendige Unterstützung zu bekommen. In dieser Wahlperiode haben wir uns deshalb für eine breite Kulturförderung und für die Schaffung von Freiräumen eingesetzt. Es braucht Orte für Initiativen, Vereine und freie Gruppen genauso wie für Clubs, Open-Air-Konzerte und feiernde Jugendliche. Auftretende Konflikte – sei es bei Clubs oder im Freien – wollten wir mit unserer Initiative zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements eindämmen. Das fehlt bis jetzt in Halle. Dazu haben wir verschiedene Initiativen gestartet, um präventiv gegen Verdrängung der einen oder anderen Seite vorzugehen.

Lebensleistung würdigen

Auf unsere Initiative hin hatte die Mehrheit der Fraktionen sich zuerst dafür eingesetzt, das neue Planetarium am Holzplatz wie das alte nach Sigmund Jähn zu benennen. Leider rückten dann immer mehr Fraktionen von diesem wichtigen Vorhaben ab und wollten sich in der Debatte nicht mehr zu dem Vorschlag bekennen.



»Es ging und geht uns um die Anerkennung der gesamten Lebensleistung Sigmund Jähns.«

Katja Müller
Sprecherin für Kulturpolitik

Wir haben mit einer Petition und Diskussionen in den Ausschüssen und im Rat deutlich gemacht, dass Sigmund Jähn als erster deutscher Kosmonaut weiterhin gewürdigt werden muss. Wir halten es nach wie vor für richtig, einen bedeutenden Weltraumfahrer und seine Lebensleistung zu würdigen – und die Aberkennung des Namens bleibt deshalb ein Fehler, der viel über die aktuelle Nicht-Würdigung ostdeutscher Lebensleistungen aussagt.

Stadt der Menschenrechte

Viele Probleme können nicht kommunalpolitisch gelöst werden: Die ungerechte Asylpolitik, die immer mehr in Richtung Abschottung geht, ist ein Beispiel dafür. Aber Halle kann seinen Protest deutlich machen und zeigen, dass es vor Ort viel bessere Lösungsmöglichkeiten geben würde. In diesem Sinne haben wir in dieser Wahlperiode eine Resolution durchgesetzt, die Abschiebungen nach Afghanistan kritisiert und sich explizit gegen diese ausspricht. Aus Halle soll niemand in ein Kriegsgebiet abgeschoben werden! Stattdessen soll Halle ein sicherer Hafen werden.

Halle soll ein sicherer Hafen ohne gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sein, in dem alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung, gut leben können. Wir setzen uns etwa für eine Gesundheitskarte für Geflüchtete ein, die derzeit aus dem Gesundheitssystem faktisch ausgeschlossen werden.

Dazu haben wir uns für ein Aktionsprogramm zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stark gemacht, die Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans begleitet und Initiativen gegen Diskriminierung unterstützt.

»Wir bleiben bei unserer Forderung nach kostenlosen Menstruationsartikeln. Das ist Gleichstellungspolitik.«

Stefanie Mackies

Mitglied im Bildungsausschuss

Es braucht Bildung, Unterstützung und konkrete Schritte zur Gleichstellung. Ein Beispiel dafür ist unsere Initiative für kostenlose Menstruationsartikel in den Schulen und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Bildung

Gleiche Bildungschancen sind der Schlüssel für eine gute Zukunft. Das wurde auch in den vergangenen vier Jahren regelmäßig erzählt. Trotzdem mussten wir immer wieder um die Schulsozialarbeit kämpfen.



So verweigert das Land in regelmäßigen Abständen die notwendigen Finanzmittel, sind Schulen unterversorgt und werden Schüler*innen im Regen stehen gelassen. Wir stehen dazu, dass jede Schule ihre Schulsozialarbeiter*innen braucht - und haben das verteidigt. In Beschlüssen des Rates und dann gegenüber dem Land.



Neben dem Personal, gibt es auch bei den Gebäuden viel zu tun. Unser Credo in dieser Wahlperiode ist: Alle Schulen müssen in einem guten Zustand sein, keine Schule darf benachteiligt werden, nur weil sie nicht in der Innenstadt liegt.

Darüber hinaus müssen Schüler*innen mobil sein können, um die Möglichkeit zu haben, die Angebote der Jugendeinrichtungen auch wahrzunehmen. Eine Freizeitgestaltung kann schon lange nicht mehr nur in einem Viertel stattfinden. Deshalb haben wir das Konzept des 9-Euro-Tickets für Schüler*innen in den Stadtrat gebracht und streiten für die schnellstmögliche Einführung.

»Am Beispiel der Mobilität zeigt sich, dass Bildung auch eine soziale Frage ist.«

Hendrik Lange
Sprecher für Bildungspolitik

Soziales

Sozial in Zeiten der Inflation muss bedeuten, die zusätzlichen Kosten für Menschen mit weniger Geld möglichst gering zu halten. Deshalb haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die KITA-Gebühren stabil geblieben sind. Die vom Bürgermeister gewünschte Erhöhung konnte verhindert werden.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Sozialbereich in der Stadt gut ausfinanziert wird. Es braucht Beratungsstellen und konkrete Hilfen für Menschen in finanziellen Notlagen. Diese Notlagen können viele Menschen in jeder Situation treffen.



»Das Housing First-Konzept hilft uns dabei, die Wohnungslosigkeit ernsthaft zu bekämpfen.«

Ute Haupt
Sprecherin für Sozialpolitik

Besonders extrem ist es dann, wenn Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Deshalb haben wir uns für eine Stärkung des Hauses der Wohnhilfe eingesetzt und bringen das *Housing First*-Konzept in den Stadtrat ein. Dieses Konzept, welches schon in Finnland und Berlin erfolgreich erprobt wurde, stellt bei der Unterstützung von Wohnungslosen die eigene Wohnung in den Vordergrund, der Rest hat Zeit.

Mieten & Wohnen



Alle Menschen brauchen Wohnraum. Deshalb muss dieser angemessen, günstig und für alle verfügbar sein. Wenn Menschen aufgrund von Mieterhöhungen aus ihren Wohnungen und aus bestimmten Stadtteilen verdrängt werden, dann ist das nicht hinzunehmen. Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt, dass es bei Bauprojekten nicht nur um Profit gehen darf.

Seit 2019 haben wir immer wieder gefordert und auch mehrfach durchgesetzt, dass private Investor*innen 20 Prozent des Wohnraums zu günstigeren Preisen anbieten müssen. Mit dieser Quote stellen wir sicher, dass Neubauprojekte nicht sofort die Segregation fördern. Mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften HWG und GWG hat die Stadt ein wichtiges Instrument, um selbst für sozialen Wohnraum zu sorgen.

In den letzten Jahren hat sich aber gezeigt, dass die Millionen, die die Unternehmen in den Stadthaushalt abführen müssen, zu einer starken Belastung für die Mieter*innen führen, was die soziale Rolle und die Substanz von HWG und GWG gefährdet. Deshalb haben wir die Initiative gestartet, die Abführungen zu beenden und dafür Mieterhöhungen zu begrenzen.

»Die kommunalen Wohnungsunternehmen müssen ihren sozialen Auftrag erfüllen können.«

Rudenz Schramm
Sprecher für Wirtschaftspolitik



»Die drastischen Mietsteigerungen müssen aufhören, für den sozialen Zusammenhalt.«

Bodo Meerheim
Sprecher für Wohnungspolitik

Stadträt*innen der Linken

Dr. Bodo Meerheim

Vorsitzender des Finanzausschusses, Mitglied im Hauptausschuss und im Planungsausschuss

Anja Krimmling-Schoeffler

Mitglied im Planungsausschuss, im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung

Ute Haupt

Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Katja Müller

Stadtratsvorsitzende, Mitglied im Kulturausschuss und im Sportausschuss

Hendrik Lange

Mitglied im Bildungsausschuss und im Hauptausschuss

Stefanie Mackies

Mitglied im Vergabeausschuss, im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss sowie im Bildungsausschuss

Elisabeth Nagel

Mitglied im Kulturausschuss und im Sportausschuss

Rudenz Schramm (parteilos)

Mitglied im Vergabeausschuss, im Rechnungsprüfungsausschuss und im Finanzausschuss

Marion Krischok

Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss, im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung



Als Fraktion Die Linke im Stadtrat sind wir offen für Ihre Anliegen, Fragen und Anregungen. Kontaktieren Sie uns gerne, besuchen sie die Ausschuss- und Stadtratssitzungen oder die öffentlichen Sitzungen unserer Fraktion.



Stadthaus Halle [3. OG]
Marktplatz 2

Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag
von 10 bis 14 Uhr, montags von 10 bis
17 Uhr



0345 / 221 3056



fraktion_dielinke_halle



dielinke-fraktion@halle.de



dielinke-halle.de/stadtratsfraktion

Die Linke

Fraktion im
Stadtrat Halle